

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Hüttner und Marianne Grosse (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

### Aktivitäten durch Rechtsextremisten im Landkreis Mainz-Bingen

Die **Kleine Anfrage** 2712 vom 20. Januar 2010 hat folgenden Wortlaut:

In der letzten Zeit soll es im Landkreis Mainz-Bingen zu verschiedenen Aktivitäten durch Rechtsextremisten gekommen sein. Versammlungen in Nieder-Olm, Schmierereien in Bingen und anderen Städten sind nur Beispiele.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Aktivitäten von Rechtsextremen gibt es im Landkreis Mainz-Bingen?
2. Wegen welcher Delikte aus dem Bereich rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet?
3. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wurden bisher im Bereich Mainz-Bingen ergriffen?
4. Welche Arbeit leistet der kürzlich für sein Engagement ausgezeichnete Verein „Rheinhessen gegen Rechts“ und wie ist dessen gesellschaftliche Arbeit zu bewerten?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Februar 2010 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkungen:

Die Landesregierung misst der Bekämpfung des Rechtsextremismus seit jeher einen sehr hohen Stellenwert bei und hat demzufolge zielgerichtete Maßnahmen, u. a. zur Prävention und Aufklärung, aber auch zur Förderung von Zivilcourage, auf den Weg gebracht. Darauf aufbauend umfasst das Handlungskonzept der rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden die drei Säulen gezielte Präventionsarbeit, konsequente Strafverfolgung sowie der Situation angepasste Einsatzmaßnahmen mit geringer Einschreitschwelle gegen Störer.

Zu 1.:

Seit Juni 2006 sind die dem Neonazispektrum zuzurechnenden „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen“ im Internet präsent. Hierbei handelt es sich nach eigenen Angaben um ein „Informationsportal über und für freie Nationalisten aus der Region Mainz, Bad Kreuznach und Bingen“. Domaininhaber ist ein bekannter Neonazi und NPD-Funktionär.

Der NPD-Kreisverband Naheland, dem von der NPD auch der Landkreis Mainz-Bingen zugerechnet wird, weist auf seiner Internetseite in unregelmäßigen Abständen auf „politische Gesprächskreise“ in Rheinhessen hin, ohne die genauen Veranstaltungsorte zu nennen.

Im Landkreis Mainz-Bingen haben die Sicherheitsbehörden in jüngerer Zeit folgende Aktivitäten von Rechtsextremisten festgestellt:

- 1. Mai 2009:  
NPD-Demonstration in Mainz „1. Mai Tag der deutschen Arbeit“.

- 27. Juni 2009:  
Sommersonnwendfeier in Bacharach/Henschhausen durch den NPD-Kreisverband Naheland.
- 22. Juli 2009:  
Flugblattverteilung durch Personen des rechten Spektrums in Nieder-Olm. Ursprünglich hatten Rechtsextremisten an diesem Tag eine Demonstration angemeldet, die verboten wurde.
- 27. Juli 2009:  
Rechtsextremistische Demonstration in Nieder-Olm, angemeldet durch die „Initiative Südwest“, „Trauer, Wut, Widerstand – keine Gnade für Kinderschänder“.
- 19. Dezember 2009:  
Wintersonnwendfeier in Bacharach/Henschhausen durch den NPD-Landesverband, NPD-Kreisverband Naheland, JN-Stützpunkte Rheinland-Pfalz sowie „Nationale Sozialisten Mainz-Bingen“.

Der Landkreis Mainz-Bingen gehört nicht zu den Regionen in Rheinland-Pfalz, in denen Rechtsextremisten überdurchschnittlich in Erscheinung treten.

Zu 2.:

Politisch motivierte Straftaten – rechts Straftaten gesamt im Fünfjahresvergleich im Landkreis Mainz-Bingen				
2005	2006	2007	2008	2009
25	16	51	46	22

(Anmerkung: In der Antwort zu Frage 2 sind ergänzend die absoluten Zahlen im Fünfjahresvergleich gegenübergestellt, um die tendenzielle Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität – rechts über mehrere Jahre darzustellen. Die mit der Antwort veröffentlichten Zahlen basieren auf dem als Eingangsstatisik geführten „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität [KPMD-PMK]“, der – losgelöst vom Extremismusbegriff – die tatauflösende politische Motivation als Erfassungskriterium in den Mittelpunkt stellt.)

Im Fünfjahreszeitraum 2005 bis 2009 hat die Polizei im Landkreis insgesamt 160 Straftaten registriert. Der örtliche Schwerpunkt liegt in den Städten Bingen mit 36 Delikten, gefolgt von Ingelheim mit 26 und Nieder-Olm mit 15 Straftaten. Somit sind die einwohnerstärksten Orte im Landkreis auch mit der höchsten Zahl rechtsmotivierter Straftaten belastet. Die anderen Straftaten verteilen sich ohne besondere Auffälligkeiten oder Schwerpunkte im Landkreis.

Insgesamt ist die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten mit 22 registrierten Fällen gegenüber dem Vorjahr um 24 Fälle gesunken. Damit bewegen sich die Fallzahlen für den Landkreis Mainz-Bingen auf niedrigem Niveau. Die Region stellt sich – auch im Vergleich zu anderen vergleichbar strukturierten Landkreisen – unauffällig dar.

Politisch motivierte Straftaten – rechts Straftaten nach Delikten im Jahr 2009 im Landkreis Mainz-Bingen			
Tötungsdelikte	./.	Körperverletzung	./.
Brand-/Sprengstoffdelikte	./.	Landfriedensbruch	./.
Andere Gewaltdelikte	./.	Gewaltdelikte gesamt:	./.
Bedrohung/Nötigung	./.	Sachbeschädigung	./.
Störung der Totenruhe	./.	Volksverhetzung	1
Propagandadelikte	20	andere Straftaten	1
<b>Gesamt</b>	<b>22</b>		

Mit einem Anteil von rund 80 bis 90 % bilden Propagandadelikte wie das Verbreiten/Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, beispielsweise Hakenkreuz-Schmierereien, seit Jahren den deliktischen Schwerpunkt rechtsmotivierter Straftaten. So auch 2009 mit 20 von insgesamt 22 registrierten rechtsmotivierten Straftaten.

Mit dem hohen Anteil an Propagandadelikten und damit erfahrungsgemäß einhergehenden oftmals geringen oder gänzlich fehlenden Ermittlungsansätzen erklärt sich die insgesamt relativ geringe Aufklärungsquote rechter Straftaten von rund 23 % im Landkreis Mainz-Bingen im Jahr 2009.

2008 und 2009 weist die Statistik keine politisch motivierten Gewaltdelikte aus.

Mit Ausnahme eines fremdenfeindlich motivierten Übergriffs auf dem „Kellerwegfest“ am 19. August 2007 in Guntersblum, bei dem zwei Personen mit Migrationshintergrund von Angehörigen der rechten Szene erheblich verletzt wurden, hat die Polizei im Fünfjahreszeitraum von 2005 bis 2009 für den Landkreis Mainz-Bingen keine *schwerwiegenden* Straftaten aus dem Bereich der „politisch motivierten Gewaltkriminalität – rechts“ registriert.

2009 war nur eine von 22 registrierten Straftaten fremdenfeindlich motiviert. Die Polizei ermittelte einen Jugendlichen, der sich in einem Internet-Chatroom fremdenfeindlich äußerte.

Zu 3.:

Neben der täglichen, konsequenten Arbeit der Sicherheitsbehörden sind insbesondere regionale Präventionsprojekte bedeutsam für die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Für den Landkreis Mainz-Bingen sind beispielhaft folgende Aktivitäten zu benennen:

- Gründung eines Sicherheitsrates des Kreises Mainz-Bingen in 1993. Das Gremium, dem Vertreter von Justiz, Polizei und Kreisverwaltung angehören, koordiniert die kriminalpräventive Arbeit zwischen Landkreis und Kommunen. Ein Tätigkeitsschwerpunkt ist die Unterstützung der beim Verfassungsschutz eingerichteten „Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus“ bei ihren Projekten im Landkreis.
- Informationsveranstaltung des Kriminalpräventiven Rates der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim zum Thema „Gewalt, Sexismus und Rechtsradikalität in der Hip-Hop- und Rap-Musik“ im Jahr 2007.
- Ernennung eines Beauftragten gegen Rechtsextremismus und Gewalt durch den Kreistag im Jahr 2008.
- Projekte des Kriminalpräventiven Rates der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen zum Thema Rechtsradikalismus in der Realschule Plus und ein Rap-Projekt mit Jugendlichen u. a. gegen Extremismus, für das die Projektgruppe mit dem Präventionspreis 2008 des Landkreises ausgezeichnet wurde.
- Finanzielle Förderung sowie Unterstützung der zahlreichen Initiativen der inzwischen sieben kriminalpräventiven Gremien im Landkreis durch ein vielschichtiges Informationsangebot durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern und für Sport. So förderte die Leitstelle beispielsweise den Aktionstag „Rheinessen gegen Rechts“ 2008 in Oppenheim mit rund 10 000 €.
- Informationsveranstaltungen des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes u. a. mit der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren im Landkreis Mainz-Bingen und in den unmittelbar angrenzenden Gebieten der Landkreise Bad Kreuznach und Alzey-Worms in mehreren Städten und Gemeinden. Diese Veranstaltungen richteten sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie mit Schwerpunkt an Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus führte der Verfassungsschutz Beratungsgespräche insbesondere mit den Vertretern von Städten und Gemeinden, die von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen waren. So beispielsweise in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm im Juli 2009.

Die Landesregierung wird das vielfältige kriminalpräventive Engagement der Menschen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Kommunen auch in Zukunft weiter unterstützen.

Zu 4.:

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Staat und seine Einrichtungen stehen dabei nicht zuletzt angesichts unserer historischen Verantwortung in einer besonderen Pflicht.

Die Bewältigung rechtsextremistischer Veranstaltungen, die Abwehr von Gefahren durch rechtsextremistische Straftäter und die Aufklärung entsprechend motivierter Straftaten in all ihren Ausprägungen erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden.

Ebenso unverzichtbar ist aber das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus. Ein breites Bündnis demokratischer Kräfte und dessen aktive Teilhabe an der Eindämmung von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit sind Garanten für den dauerhaften Bestand unserer freiheitlichen Demokratie. Deshalb begrüßt und unterstützt die Landesregierung jede demokratische und rechtsstaatliche Initiative staatlicher wie nicht staatlicher Stellen und der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die sich gegen Rechtsextremismus wendet. Diese Aufgabe nimmt der Verein „Rheinessen gegen Rechts“ beispielgebend wahr.

Karl Peter Bruch  
Staatsminister